

# Kreistag des Landkreises Altenburger Land

## Niederschrift

KT/31/2008

der 31. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land - **öffentlicher Teil** -  
am Mittwoch, dem 15.10.2008, 17:05 Uhr, Landratsamt Altenburger Land,  
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

---

### Anwesenheit:

#### Landrat

Rydzewski, Sieghardt Landrat

#### Fraktion CDU

Apel, Michael

Arndt, Christiane

Blawatt, Hubert

Dobmaier, Ludwig Stefan

Golder, Barbara

Gumprecht, Christian

Horny, Hans-Joachim Dr.

Kasper, Hans-Jürgen

Kern, Herbert

Lorenz, Kathrin

Melzer, Uwe

Ronneburger, Jürgen

Schröter, Fritz

Ungvari, Johannes

Waldenburger, Karsten Dr.

ab17:20 Uhr

#### Fraktion SPD

Dorsch, Nikolaus Dr.

Franke, Sabine

Mittelstädt, Peter

Schemmel, Volker

Scholz, Wolfgang

Schubert, Hartmut Dr.

Stange, Steffen

Wolf, Michael

Zehmisch, Martina

bis 18:15 Uhr

#### Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter

Börngen, Klaus

Burkhardt, Bernd

Ebert, Barbara

Fache, Sabine

Hübschmann, Klaus  
Keller, Katja  
Pietsch, Gert  
Tempel, Frank

Fraktion FDP

Bugar, Hans-Peter  
Heitsch, Hans-Jürgen  
Hermann, Rolf  
Schalla, Karsten

Beigeordnete

Gräfe, Christine

Fachbereichsleiter

Seiler, Birgit komm.  
Thieme, Ronny  
Wenzlau, Bernd

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

**Entschuldigt fehlen:**

Fraktion CDU

Büring, Alexander Dr.	Urlaub
Etzold, Stephan	krank
Köhler, Herbert	Urlaub
Reichel, Fred	berufliche Gründe
Tomaschewski, Wolfhardt Dr.	Urlaub

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Klaubert, Kati	Urlaub
Plötner, Barbara	Urlaub
Plötner, Heinz-Dieter	Urlaub
Sojka, Michael	krank

**Vorsitz:** Fritz Schröter

**Schriftführung:** Mareile Köhler

**Beginn der Sitzung:** 17:05 Uhr

**Ende der Sitzung:** 19:00 Uhr

Von 18:06 Uhr bis 18:56 Uhr ist die Sitzung für eine Pause und die Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils unterbrochen.

**Tagesordnung:**

	<b>Drucksachen Nr.</b>	
1	Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern gemäß § 103 Abs. 2 ThürKO	
2	Bürgeranfragen	
3	Genehmigung der Niederschrift über die 30. Sitzung vom 03.09.2008	
4	Verschiedenes	
4.1	Informationen des Landrates	
4.2	Anfragen aus dem Kreistag	
5	Satzung zur Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/324/2008
6	Feststellung des Jahresabschlusses, der Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführerinnen und des Aufsichtsrates der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2007	KT-DS/325/2008
7	Änderung der Besetzung von Ausschüssen und anderen Gremien	
7.1	Besetzung von Ausschüssen des Kreistages	KT-DS/327/2008
7.2	Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses	KT-DS/328/2008
7.3	Entsendung Verbandsrat in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Restabfallbehandlung Ostthüringen	KT-DS/329/2008
8	Bewilligung weiterer Zuschüsse an die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH und Präzisierung des Kreistagsbeschlusses Nr. 218 vom 07.02.2007	KT-DS/326/2008nö

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Schröter, begrüßt die Anwesenden und übergibt zunächst das Wort an den Landrat.

Der Landrat ehrt im Auftrag des Thüringer Ministerpräsidenten Frau Christine Härich für ihre ehrenamtliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Altenburg mit dem „Ehrenbrief des Freistaates Thüringen“.

**Verlauf der Sitzung:**

Der Vorsitzende eröffnet die 31. Sitzung des Kreistages und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Zur vorliegenden Tagesordnung möchte Herr Schalla wissen, worin die Notwendigkeit besteht, dass die Beratung zum TOP 8. „Bewilligung weiterer Zuschüsse an den Flugplatz“ im nicht öffentlichen Teil vorgenommen werden muss.

Der Landrat erklärt, dass die Interessen des Flugplatzes und seiner Geschäftspartner betroffen sind. Dabei geht es um Geschäftsgeheimnisse und strategische Elemente. Interessen Dritter sind hier zu beachten.

Die oben stehende Tagesordnung wird mehrheitlich (eine Stimmenthaltung) bestätigt.

## **TOP 1 Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern gemäß § 103 Abs. 2 ThürKO**

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und bittet Frau Kathrin Lorenz sowie Frau Katja Keller nach vorn.

Der Landrat verpflichtet die beiden neuen Kreistagesmitglieder gemäß § 103 Abs. 2 ThürKO mit Handschlag wie folgt:

„Hiermit verpflichte ich Sie zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Pflichten als Kreistagsmitglied zum Wohle des Landkreises.“

Der Vorsitzende teilt noch mit, dass der Landrat nach dem Ableben von Herrn Andreas Sonntag entsprechend Thüringer Kommunalwahlgesetz (ThürKWG) Frau Kathrin Lorenz zum Kreistagsmitglied berufen hat. Herr Peter Mäder ist aus beruflichen Gründen zum 30.09.08 aus dem Kreistag ausgeschieden. Hier ist Frau Katja Keller die Nachfolgerin.

## **TOP 2 Bürgeranfragen**

Herr Klaus Veith, Paditzer Str. 27, 04600 Altenburg nimmt das Wort und möchte wissen, warum der Landrat zur Demo gegen Rechts am 13.09. in Altenburg nicht anwesend gewesen ist. Die Kreistagsmitglieder, die nicht bei der Demonstration da waren und in der vordersten Reihe gestanden haben, sollten in sich gehen. Bei denen, die da waren, bedankt er sich. Weiter fragt er, ob das juristisch alles ausgelotet wurde. Es wird viel erzählt und viel gemacht. Seiner Meinung nach gehört es in die Öffentlichkeit, damit man darüber spricht. Eine weitere Anfrage bezieht sich auf die Auflösung der ARGE. Hier fragt Herr Veith, ob schon Sachen vorhanden sind, an denen zu erkennen ist, ob man etwas eingespart hat.

Der Landrat antwortet zu ersten Teil der Fragestellung, dass an der einen oder anderen Stelle vielleicht nicht vermittelt wurde, dass es keine Veranstaltung zu genehmigen gab. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet die Versammlungsfreiheit. Wenn man diese Freiheit, die ein hohes Gut ist, versagen will, bedarf es entsprechender Rechtsgründe. Diese Rechtsgründe waren nicht gegeben. In dem Bild, was zu seiner Person, bedingt durch einige Aussagen in den Medien, erzeugt wurde, hat dieses Rechtsgut keine Rolle gespielt. In der Bundesrepublik Deutschland können die NPD und andere rechtsgerichtete Parteien unter dem Dach der Verfassung agieren und diesen Rechtsschutz genießen. Es gibt derzeit im Bund keine Anzeichen, ein neues Verbotverfahren oder dergleichen zu aktivieren. Die Landkreise, die Bürgermeister kreisfreier Städte werden somit immer wieder in die Situation versetzt, hier unfreiwillig Erfüllungsgehilfen zu werden, weil sie nichts dagegen tun können. Es gab schon ein Verbotverfahren, bei dem der Landkreis einmal gewonnen und einmal verloren hat. Der Richter hat damals unmissverständlich ausgeführt, dass der Landkreis sich an der Grenze der Rechtsbeugung bewegt hat. Rechtsbeugung ist ein Straftatbestand. Weil ein ausgesprochenes Verbot meist nur ein paar Stunden später per Gerichtsurteil aufgehoben wird, ist es viel besser, solche Dinge einigermaßen kontrolliert ablaufen zu lassen, was schon viele Male so war, meint der Landrat. Nur dieses Mal gab es ein großes Medienspektakel. Manche andere Partei hätte sich über eine solche Aufmerksamkeit gefreut, wie sie die Rechten über Wochen und Monaten hatten. Das hat auch zu Zuwanderung von außerhalb geführt, was hier vor Ort auch für Probleme gesorgt hat. Seine Person betreffend merkt er an, dass er eine klare Erklärung abgegeben hat. Frau Gräfe als Vizelandrätin war da, durfte aber erst ganz zum Schluss reden. In der

Presse ist davon nicht viel rüber gekommen. Weiter erklärt der Landrat, dass man es nicht zum ersten Mal mit rechtsgerichteten Organisationen zu tun hatte. Es kommt übers Jahr viele Male vor, dass Veranstaltungen angemeldet werden und dass dergleichen kleine und große Aktivitäten stattfinden. Er hält es für völlig falsch, sich davon aus der Bahn werfen zu lassen und jedes Mal, wenn sich die Rechten zu Wort melden, alle Räder anzuhalten, am besten die Verwaltung nicht mehr arbeiten zu lassen oder noch besser, es lassen sich alle vom Dienst befreien, weil sie dann keine Verantwortung wahrnehmen müssen. Seine Person betreffend hat er bereits ganz klar gesagt, dass er auf Dienstreise in den USA war, deren Vorbereitung über Wochen und Monate lief. Es waren teure Flugtickets gekauft und Partner in Amerika, u. a. 8 Schulen, hatten sich auf diesen Besuch vorbereitet und ein umfangreiches Programm organisiert. Wenn er hier gewesen wäre, wäre er selbstverständlich dabei gewesen, was bei anderen Gelegenheiten in den letzten Jahren ja zu sehen war. Abschließend macht er deutlich, dass er als Chef der Verwaltung das größte Risiko eingeht, weil er letztendlich die Verantwortung für alle Bescheide hat, die das Haus verlassen. Wenn es zu Verbotshandlungen oder Aktivitäten kommt, wird ihm dann am ehesten Illoyalität oder Rechtsbeugung unterstellt. Er hat sich trotzdem positioniert und wird es auch weiter tun.

Zum Thema ARGE legt er dar, dass es nach ersten Rechnungen eine Einsparung von etwa 600 T€ Minimum geben wird. Es konnte allerdings nur aufgrund der Zahlen vom letzten Jahr hochgerechnet werden. Der Landkreis ist ja ausgestiegen, weil man ihn an Sachkosten beteiligen wollte, die nicht nachzuvollziehen und aus Sicht des Landkreises überhöht waren. Die mindestens 600 T€ hätten über die Kreisumlage die Städte und Gemeinden belastet. Der Landkreis stand somit in der Verantwortung, hier zu handeln. Im Übrigen hat sich auch das System ein ganzes Stück verbessert. Jeder Betroffene hat jetzt z. B. wieder seinen Ansprechpartner, der ihn begleitet, betreut und der für ihn da ist. Früher war jeder eine Nummer. Von den Leuten hört man, dass man das als eine Verbesserung wahrnimmt. Jetzt muss abgewartet werden, was der Bund dazu entscheidet. Der Landrat glaubt, dass verantwortungsvoll gehandelt wurde. Es interessieren sich immer mehr Landkreise in Deutschland dafür, die Aufgaben getrennt wahrzunehmen. In Baden-Württemberg nimmt heute schon die deutliche Mehrheit der Landkreise die Aufgaben getrennt wahr und ist nicht bereit, da irgend etwas zu ändern. Die haben alle einen guten Grund dafür.

Herr Dr. Schubert erhält vom Vorsitzenden das Wort zu einer persönlichen Erklärung gemäß § 14 GO.

Herr Dr. Schubert führt aus:

„Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch einmal auf das Thema 13. September zu sprechen kommen, weil ich sag mal, das nicht unwidersprochen hier im Raum stehen lassen möchte, was vom Landrat gesagt worden ist. Erstens bin auch ich selbstverständlich dafür, dass die NPD verboten gehört. Aber das löst das Problem überhaupt nicht. Dann haben wir eben andere Anmelder, die im ähnlichen Spektrum grasen und wir haben die gleichen Veranstaltungen, nur unter anderen Vorzeichen. Das löst das Problem überhaupt nicht. Als nächstes: Der 13. September war nicht irgend eine Veranstaltung, wie sie hier alle paar Wochen stattfindet, sondern das war das Fest der Völker der Neonazis gewesen, was bisher in Jena stattgefunden hat. Das war eine Veranstaltung, in dieser Dimension hatten wir die noch nie im Altenburger Land gehabt. Deshalb kann man nicht einfach das so gleichstellen mit den allen vielen anderen Veranstaltungen, die hier gewesen sind, sondern diese Veranstaltung hat eine völlig andere Dimension und es kommt vor allen Dingen darauf an, dafür Sorge zu tragen, dass diese Veranstaltung sich eben nicht hier im Altenburger Land festsetzt und dass wir es viel-

leicht erreichen können, die hier zu vertreiben. Und dazu hatte der Kreistag auch einen Beschluss gefasst einstimmig. Und da war auch drinnen, dass die Kreistagsmitglieder gegen diese Veranstaltung demonstrieren wollten. Und am Ende hab ich dort 17 KTM gesehen, das muss ich klipp und klar sagen. Da hat sicherlich der Eine oder Andere einen guten Grund, warum er nicht da war. Das ist immer so. Im KT heute sind auch nicht alle da. Es gibt immer Gründe, warum man nicht anwesend sein kann, aber nur 17, weiß ich nicht, ob das der Grund ist. Also ich denke, dass wir dieses Thema nicht so einfach abhaken können. Wir sollten uns noch intensiv mit dem Thema beschäftigen. Wir haben im nächsten Jahr Wahlen. Ich erwarte da noch einiges, was aus diesem Spektrum passieren wird und ich denke, wir sollten als Kreistag uns mit dem Thema noch weiter beschäftigen, in den zuständigen Ausschüssen überlegen, was wir dagegen tun können, um solche Ereignisse hier zukünftig zu vermeiden, und ganz einfach Flagge zeigen gegen die weitere Ausbreitung des Rechtsextremismus.“

Frau Fache gibt folgende persönliche Erklärung ab:

„Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren, ich möchte mich zu dem äußern, was der Herr Landrat gerade gesagt hat. Ich finde es zutiefst gefährlich, eine Meinung zu äußern, und zwar in dem Sinne und möchte also sagen, dass ich das nicht teilen kann, dass jedes Mal wenn also die NPD hier bei uns ist, dass wir alle Räder anhalten. Wenn wir also das so machen würden, dass wir sagen, wir arbeiten einfach so weiter, dann wird das so sein, wie die Nazis das oder die NPD, sind ja nicht alle in der NPD, aber auch die anderen rechtsextremen Gruppen, die werden dann das so machen, wie sie sich geäußert haben. In Altenburg können wir uns breit machen. Da haben wir, dass haben sie schon geäußert bei anderen, das schaffen wir hier so. Ich muss an dieser Stelle auch sagen, dass ich ähnlich wie Herr Dr. Schubert, das vollkommen anders einschätzt habe, die Situation und das also das Thema bei der Bevölkerung sehr vordergründig war, von Angst geschürt sicherlich durch verschiedene Berichterstattungen. Und wenn Sie vorhin gesagt haben, dass Zuwanderung von außerhalb war, dann weiß ich nicht, ob Sie jetzt die Nazis meinen, die hier gekommen sind. Ich fand die Zuwanderung von Jena beispielsweise absolut unterstützend und ich finde das Bündnis, das die Bürgermeister hier geschlossen haben, dass die Städte sich gegenseitig unterstützen, dass das unbedingt Schule machen sollte auch für die Landkreise. Denn es ist nicht nur Jena oder Altenburg, sondern die Neonazis, die sitzen auch in Meuselwitz oder Wintersdorf usw. Und ich muss ehrlich sagen, ich fand auch schon die Äußerung in der Zeitung, vielleicht sind Sie nicht richtig zitiert worden, aber es geht ja in die gleiche Richtung, dass wir uns nicht die Termine von denen aufdrücken lassen sollen. Also, ich hatte an dem Tag auch was anderes vor. Und ich muss noch mal sagen, so kann man das nicht in der Öffentlichkeit darstellen. Das ist meine persönliche Ansicht.“

### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 30. Sitzung vom 03.09.2008**

Der Vorsitzende verweist auf die gesetzliche Grundlage für die Genehmigung der Niederschrift (§ 112 i. V. mit § 42 Abs. 2 ThürKO) und stellt fest, dass alle Mitglieder des Kreistages die Niederschrift erhalten haben. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

Die Niederschrift über die 30. Sitzung des Kreistages wird mehrheitlich (6 Stimmenthaltungen) genehmigt.

## **TOP 4    Verschiedenes**

### **TOP 4.1    Informationen des Landrates**

Der Landrat teilt mit, dass

- die Fraktionsvorsitzenden den „Beteiligungsbericht 2008“ mit allen Jahresdaten der Gesellschaften erhalten haben. Das Material liegt darüber hinaus im Büro des Kreistages vor und kann im Internet - Kreistagsmitglieder-Info-Portal - eingesehen werden.
- den Kreistagsmitgliedern der Bescheid des Landesverwaltungsamtes zum 1. Nachtrags-Haushalt 2008/2009 vorliegt.

Der Landrat informiert, dass der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst für den Kreishaushalt 2009 eine Mehrbelastung von 1,4 Mio. € bedeutet hätte. Der Haustarifvertrag läuft zum Jahresende aus. Ziel der Verwaltung ist es, diese 1,4 Mio. € zu minimieren, ohne noch einmal einen Haustarifvertrag abzuschließen. Deshalb hat er den Mitarbeitern das Angebot unterbreitet, analog Haustarifvertrag die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 38 bzw. 36 Stunden zu reduzieren, allerdings mit Freizeitausgleich. Dieses Angebot ging an 415 Mitarbeiter, 266 haben es angenommen, d. h. 64 % der Mitarbeiter. Eingespart werden durch diesen freiwilligen Verzicht der Mitarbeiter 617 T€. Wer das Haus kennt, weiß, dass trotz 95 % Arbeitszeit und 95 % Bezahlung am Ende 100 % Leistung gebracht wird. 26 Neueinstellungen erfolgten mit verkürzter Arbeitszeit, was 47 T€ einspart. Die Mitarbeiter des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei erhielten ebenfalls das o. g. Angebot. Hier entsteht eine Ersparnis von jährlich 32 T€. Insgesamt werden so 696 T€ von den Mitarbeitern für den Haushalt aufgebracht.

Weiter spricht der Landrat an, dass derzeit die große internationale Finanzkrise viele beschäftigt. Er hat deshalb Herrn Wagner gebeten, die Position und Situation der Sparkasse Altenburger Land darzustellen.

Der Vorsitzende erteilt das Wort.

Herr Wagner legt dar, dass die Wirren an den Finanzmärkten die Frage in den Vordergrund rücken, ob die Einlagen bei Sparkasse sicher sind. Dies ist mit einem klaren Ja zu beantworten. Die Einlagen sind sicher und sie sind 100 % sicher, was deutlich über dem gesetzlichen Schutz bei Einlagen für Privatkunden liegt (üblicherweise 90 % und max. 20 T€). Die Sparkassen unterhalten eine Reihe von Sicherungseinrichtungen (Verbund von rund 450 Sparkassen, die untereinander durch vorbeugende wie auch entsprechende Sicherungsrücklagen Sorge tragen, dass im Fall des Falles Sicherheiten da sind, Landesbanken und Landesbausparkassen). Speziell in Hessen und Thüringen gibt es darüber hinaus einen so genannten Regionalfonds, wo ebenfalls Reserven angesammelt worden sind, um solchen Sicherheitsaspekten Rechnung zu tragen. Weiterhin verweist er darauf, dass sich das Geschäftsmodell der Sparkasse wie auch analog bei den Volks- und Raiffeisenbanken in 2 wesentlichen Faktoren von den Geschäftsbanken unterscheidet. Die Sparkasse lebt davon, dass die Kunden ihr das Geld anvertrauen und sie das Geld in der Region anlegt. Des Weiteren ist das Thema Gläubigerschutz in der sehr langen Tradition der Sparkassen ganz besonders hoch angesiedelt. Nicht zuletzt sind die Sparkassen die einzigen Kreditinstitute, die nach dem BGB mündelsicher sind. Dazu haben die Sparkassen separate landesgeprägte Rechtsvorschrif-

ten, die die Spielräume einschränken. Auch bei Wertpapieranlagen gibt es sparkassenrechtliche Vorschriften, keine risikoorientierten Papiere zu erwerben. Darauf wurde im Rahmen der eigenen Anlageentscheidung großer Wert gelegt. Der wesentliche Teil der Gesamtanlagen sind Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland oder so genannte gedeckte Pfandbriefe. Diese beiden Kategorien gehören zu den sichersten Wertpapieren.

## **TOP 4.2 Anfragen aus dem Kreistag**

Der Vorsitzende informiert, dass die Antwort auf die Anfrage der Fraktion DieLinke. zur KTS 03.09.08 (tarifvertraglicher Ist-Zustand für Beschäftigte des LRA und der Gesellschaften) zur Kreisausschusssitzung am 13.10. übergeben wurde und die anderen Fraktionen eine Kopie erhalten haben.

Es liegt eine schriftliche Anfrage der Fraktion DieLinke. vor. Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Ebert, die diese Anfrage an den Landrat vorträgt. Sie lautet:

„Wie bereits im letzten Kreisausschuss angekündigt, bittet die Fraktion DieLinke. im Kreistag Altenburger Land um die Darlegung Ihrer Positionen, die als Stellungnahme des Landkreises zum Nahverkehrsplan des Landes bis zum 30.08.2008 im Verkehrsministerium des Freistaates Thüringen abzugeben war. Es sollte insbesondere benannt werden, wie Sie sich zur geplanten Schließung des Bedarfshaltepunktes in Großstöbnitz verhalten haben. Des Weiteren interessiert die linke Fraktion, wie Sie zur Wiederaufnahme des Bahnbetriebes auf der Strecke Altenburg - Meuselwitz - Zeitz stehen. Damit würde endlich das vorhandene Anschlussgleis im Gewerbegebiet Rositz seiner Zweckbestimmung zugeführt. Weiterhin dürfte diese Strecke ebenfalls für andere ortsansässige und zukünftige Gewerbe- bzw. Industriebetriebe der Nordregion von Interesse sein, auch angesichts der aktuellen Umwelt- und Klimaschutzdiskussion. Die linke Fraktion kann sich nicht damit abfinden, dass die Bahn AG einen Börsengang auf Kosten der Nutzer plant und sich damit auch in unserem Landkreis die Angebote in der Fläche weiter verschlechtern.“

Der Landrat zeigt sich zunächst verwundert, dass zuerst in der Zeitung zu lesen ist, welche Anfrage oder Anforderung an ihn oder die Kreisverwaltung gestellt werden. Eingegangen ist die Anfrage am Montag. Seiner Meinung nach wäre ein besserer Stil, erst einmal den Adressaten in Kenntnis zu setzen und dann ein Medienspektakel zu veranstalten. In der Sache war Verwaltungshandeln gefragt, was auch getan wurde. Es gibt nicht nur eine, sondern zwei Stellungnahmen des Landkreises, eine vom Fachdienst Straßenverkehr und eine vom Fachdienst Wirtschafts- und Tourismusförderung. Der eine Fachdienst hatte die nahverkehrstechnischen Dinge zu bewerten, was erfolgte mit verschiedenen Hinweisen, die die Anfrage nicht tangieren. Der Fachdienst Wirtschaftsförderung hat wirtschafts- und tourismusrelevante Aussagen getroffen. Der Landrat zitiert aus dieser Stellungnahme zur Schließung des Haltepunktes Großstöbnitz und weiterer Haltepunkte: „Sehr geehrter Herr Perner, ausgehend von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Altenburger Land und der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur ist es aus unserer Sicht nicht akzeptierbar, dass seitens der Bahn die Angebote für die Bevölkerung derartig eingeschränkt werden sollen. Das Erfordernis zur Mobilität im Berufsleben braucht entsprechende Angebote der Verkehrsdienstleister. Dies betrifft vor allem auch den ländlichen Raum, da hier eine erschwerte Erreichbarkeit von Versorgungs- und Verwaltungseinrichtungen bzw. zu den Arbeitsorten gegeben ist. Darüber hinaus werden die Haltepunkte zwischen den größeren Ortschaften für den regionalen Tourismus zunehmend interessanter, weil die Erreichbarkeit attraktiver Ziele



verbessert und die Inanspruchnahme des Rad- und Wanderwegenetzes optimiert wird. Wir sprechen uns entschieden gegen diese und weitere derartige Schließungen aus und fordern eine gegenseitige Abstimmung entsprechend den Vorgaben des Landesverkehrsplanes.“

Zur Strecke Altenburg - Meuselwitz bzw. Rositz meint der Landrat, es stellt sich die Frage, ob man was ändern kann. Diese Strecke ist stillgelegt, weil kein wirtschaftlicher Verkehr darauf möglich ist. Alle Versuche diese Strecke wie auch das Anschlussgleis zum Flugplatz mit Privaten zu betreiben und das Vermitteln von Kontakten zu Wirtschaftsunternehmen brachten keinen Erfolg. Es waren keine Mengen zu aktivieren, die einen Einsatz lohnen. Wenn man eine solche Strecke haben will, dann muss es einen Betreiber geben und wenn sich keiner findet, bleibt als Alternative, dass es der Kreis selbst macht. Die Strecke müsste dann erworben und in Betrieb gehalten werden. In dem Moment, wo die Strecke aktiviert wird, ist der Landkreis bei allen Kreuzungen an Maßnahmen und Kosten beteiligt. Wenn also etwas geändert werden soll, dann müsste der Kreistag auf Vorschlag der Fraktion beschließen. Das Anschlussgleis Rositz hat die LEG in Erwartung größerer Ansiedlungen gebaut. Diese sind bisher nicht erkennbar und damit ist kein wirtschaftlicher Betrieb gegeben. Auch hier könnte man nur auf Kosten des Steuerzahlers eine Strecke aktivieren, die nicht genutzt wird.

Herr Schemmel, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erinnert daran, dass am 04. Juni im Kreistag ein Antrag seiner Fraktion zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes beraten und im Ergebnis zur Weiterbearbeitung in den Kreisausschuss und den Finanzausschuss verwiesen wurde. Bisher wurde er aber in keinem der beiden Ausschüsse auf die Tagesordnung gesetzt. Herr Schemmel möchte wissen, welche weitere Verfahrensweise geplant ist.

Der Landrat verweist darauf, dass er bereits am Montag im Kreisausschuss und vor ein paar Wochen telefonisch informiert hat, dass sich die Verwaltung intensiv mit dem Thema beschäftigt hat und dabei ist, einen Themenkatalog zur Haushaltsoptimierung zu erstellen. Dieser wird Anfang nächster Woche fertig sein und den beiden Ausschüssen übergeben. Der Landrat kündigt an, den Kreisausschuss zu bitten, dass man dort, wo Sachthemen andere Ausschüsse tangieren, diese einbezieht. Der nächste Schritt könnte dann sein, dass der Themenkatalog ergänzt, erweitert oder geändert wird. Dann könnte man sich vielleicht zum Jahresende darauf verständigen, was man tut. Einige Dinge können sicher sehr schnell umgesetzt werden, andere sind erst einmal konzeptionell und strategisch vorzubereiten.

Herr Tempel, Fraktion DieLinke., merkt zur Antwort des Landrates auf die Anfrage seiner Fraktion an, dass es jeder Fraktion selbst überlassen ist, wie sie Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

Des Weiteren möchte Herr Tempel mit Bezug auf die Veranstaltung am 13. September vom Landrat wissen, ob wenigstens Kontakte ausgelotet wurden. Es gibt bundesweit ausreichend Beispiele, dass auch solche Veranstaltungen abgewendet werden konnten, auch mit juristischen Mitteln, meint er. Er fragt, ob solche Kontakte gesucht und entsprechende Verfahren geprüft wurden. Nach dem jetzigen Verlauf ist ja damit zu rechnen, dass auch 2009 eine solche Veranstaltung nach Altenburg kommt, deshalb seine Frage, ob es die Absicht gibt, sich darauf langfristig vorzubereiten.

Der Landrat antwortet, dass es entsprechende Kontakte gibt und dabei auch Erfahrungswerte ausgetauscht werden. Darüber hinaus gibt es auch eine Zusammenarbeit der Landkreise mit dem Thüringer Innenministerium.

**KT-DS/324/2008**

**TOP 5    Satzung zur Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat des Landkreises Altenburger Land**

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und verweist auf die Drucksache 324/2008.

Anfragen/Diskussion gibt es nicht.

Auf Nachfrage teilt der Landrat mit, dass der Kreisausschuss die Beschlussfassung einstimmig empfiehlt.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn der Satzungsänderung wie vorgeschlagen zugestimmt wird.

Vom Kreistag wird daraufhin der nachfolgende Beschluss gefasst.

**Beschluss Nr. 302:**

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung des Seniorenbeirates des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**KT-DS/325/2008**

**TOP 6    Feststellung des Jahresabschlusses, der Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführerinnen und des Aufsichtsrates der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2007**

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und stellt die o. g. Drucksache zur Diskussion.

Wegen Befangenheit nehmen die Aufsichtsratsmitglieder Herr Rydzewski, Herr Hermann, Herrn Hübschmann und Herr Ronneburger an der Beratung und Abstimmung zum gesamten TOP nicht teil.

Der Vorsitzende schlägt vor, über den Punkt 4. des Beschlussvorschlages gesondert abzustimmen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die hauptamtliche Beigeordnete, Frau Gräfe, informiert, dass der Kreisausschuss die Beschlussfassung mehrheitlich (eine Stimmenthaltung) empfohlen hat.

Der Vorsitzende stellt zunächst die Punkte 1. - 3. des Beschlussvorschlages zur Abstimmung. Danach wird über den Punkt 4. abgestimmt.

Der Kreistag fasst den nachfolgenden Beschluss.

### **Beschluss Nr. 303:**

Der Kreistag ermächtigt den Landrat, dem Jahresabschluss der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2007 wie folgt zuzustimmen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2007 wird in der vorliegenden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH testierten Form festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von 198.806,21 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem Verlustvortrag verrechnet.
3. Den Geschäftsführerinnen Frau Dr. Gundula Werner und Frau Gabriele Matzulla wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 34 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde zu den Punkten 1. - 3. mit 33 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung sowie zum Punkt 4. einstimmig gefasst.

## **TOP 7 Änderung der Besetzung von Ausschüssen und anderen Gremien**

**KT-DS/327/2008**

### **TOP 7.1 Besetzung von Ausschüssen des Kreistages**

Der Vorsitzende ruft den TOP auf, verweist auf die vorliegende Drucksache 327/2008 und bittet um Wortmeldungen.

Herr Tempel, Fraktion DieLinke., teilt mit, dass sein Name bei Punkt 1. des Vorschlages seiner Fraktion einzusetzen ist.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn Einverständnis mit der Besetzung von Ausschüssen des Kreistages wie von den Fraktionen vorgeschlagen besteht.

Durch den Kreistag wird der nachfolgende Beschluss gefasst.

### **Beschluss Nr. 304:**

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion werden folgende Ausschussbesetzungen vorgenommen:

1. Frau Kathrin Lorenz wird Mitglied im Werkausschuss des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei.
2. Frau Kathrin Lorenz wird im Wirtschaftsausschuss 1. Stellvertreterin des Mitgliedes Dr. Alexander Büring.

Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke werden folgende Ausschussbesetzungen vorgenommen:

1. Herr Frank Tempel wird Mitglied des Wirtschaftsausschusses.
2. Frau Katja Keller wird Stellvertreterin des Mitgliedes Barbara Ebert im Schul-, Kultur- und Sportausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**KT-DS/328/2008**

**TOP 7.2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses**

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und verweist auf die heute ausgeteilte Drucksache 328/2008 mit dem Wahlvorschlag der CDU-Fraktion.

Es gibt keine Anfragen.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass wie in der Drucksache vermerkt eine Wahl durchzuführen ist und weist kurz auf die Handhabung des Stimmzettels hin.

Es folgt die Wahlhandlung.

Die Beaufsichtigung der Wahlhandlung und die Ergebnisermittlung erfolgen durch Herrn Apel (CDU-Fraktion), Frau Franke (SPD-Fraktion), Herrn Börngen (Fraktion DieLinke.) und Herrn Schalla (FDP-Fraktion).

Der Vorsitzende gibt das folgende Wahlergebnis bekannt und stellt fest, dass die Wahl erfolgreich war.

Abgegeben wurden 38 Stimmzettel. Mit Ja stimmten 29 Mitglieder des Kreistages und 8 mit Nein. Es gab eine ungültige Stimme.

Frau Lorenz nimmt die Wahl an.

Der Kreistag hat damit den nachfolgenden Beschluss gefasst.

**Beschluss Nr. 305:**

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Kathrin Lorenz als stellvertretendes Mitglied für das stimmberechtigte Mitglied Hubert Blawatt in den Jugendhilfeausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Wahl 38 Mitglieder anwesend.

Von den 38 abgegebenen Stimmzetteln waren 37 gültig. Frau Lorenz erhielt 29 Ja-Stimmen.

**TOP 7.3 Entsendung Verbandsrat in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Restabfallbehandlung Ostthüringen**

Der Vorsitzende ruft die Drucksache 329/2008 mit den Vorschlägen der CDU-Fraktion auf.

Anfragen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet bei Zustimmung zur vorgeschlagenen Entsendung in die Verbandsversammlung um das Handzeichen.

Der Kreistag fasst daraufhin den nachfolgenden Beschluss.

**Beschluss Nr. 306:**

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land entsendet für die Dauer der restlichen Wahlperiode des Kreistages Herrn Herbert Kern als Verbandsrat und Frau Kathrin Lorenz als stellvertretende Verbandsrätin in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Restabfallbehandlung Ostthüringen.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Vorsitzende unterbricht um 18:06 Uhr die öffentliche Sitzung zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils.

Um 18:56 Uhr stellt er die Öffentlichkeit wieder her und führt die Sitzung mit der Beschlussfassung zum folgenden TOP weiter.

**KT-DS/326/2008nö**

**TOP 8 Bewilligung weiterer Zuschüsse an die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH und Präzisierung des Kreistagsbeschlusses Nr. 218 vom 07.02.2007**

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag gemäß Drucksache 326/2008nö und bittet bei Zustimmung um das Handzeichen.

Der Kreistag fasst daraufhin den nachfolgenden Beschluss.

## **Beschluss Nr. 307:**

Der Kreistag beschließt:

1. Der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH werden für zusätzliche Marketingmaßnahmen 2008 90.000 Euro und 2009 150.000 Euro bei entsprechender Reduzierung der geplanten Investitionszuschüsse bewilligt.
2. Die mit Beschluss Nr. 218 des Kreistages vom 07.02.2007 festgelegte Zweckbindung der Bereitstellung des Zuschusses für Marketingmaßnahmen „zur Einrichtung weiterer Fluglinien“ wird aufgehoben.
3. Die für 2008 zu gewährenden Zuschüsse in Höhe von 90.000 Euro werden aus dem Haushaltsausgaberechenschaft 2007 der Haushaltsstelle 82010.71500 bewilligt. 2009 sind die Zuschüsse in Höhe von 150.000 Euro in der Haushaltsstelle 82010.71500 zusätzlich einzuarbeiten.  
Die Mittel sind im Vermögenshaushalt 2008 und 2009 in der Haushaltsstelle 82010. 98510 in selbiger Höhe jeweils abzumindern.  
Die Umschichtungen 2009 sind im 2. Nachtragshaushaltsplan für die Jahre 2008/2009 in der Jahresscheibe 2009 zu berücksichtigen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 37 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 27 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen gefasst.

Um 19:00 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung des Kreistages.

Altenburg, den 04.11.2008

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Fritz Schröter  
Vorsitzender des Kreistages

Mareile Köhler  
Büro des Kreistages